



■ Deutscher Historiker: Hilfe für die Opfer anstatt Reparationen

Das Interview mit Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt,
durchgeführt von Katarzyna Domagała; veröffentlicht
in der „Deutschen Welle“ am 1. Dezember 2018.

Redaktionsausschuss:

Radosław Grodzki
Jacek Kubera
(Chefredakteur)
Piotr Kubiak
Krzysztof Malinowski

Nr. 1(375)/2019
24.01.19

ISSN 2450-5080

Das Bulletin ist auch über
NEWSLETTER IZ
FACEBOOK
SCRIBD
LINKEDIN
TWITTER
verfügbar

DW: *Sie haben in Warschau auf dieser Tagung plädiert, lieber keine Reparationen zu fordern sondern individuelle Hilfe. Warum ist es so? Warum plädieren Sie dafür?*

Stephan Lehnstaedt: Ich denke, die individuelle Hilfe ist einfach deswegen sinnvoll, weil die meisten Opfer in Polen bisher, wenn überhaupt, Einmalzahlungen bekommen haben, was z.B. die Zwangsarbeiter-entschädigung betrifft, das sind die Einmalzahlungen. Wir haben aber viele Leute, die bisher noch kein Geld erhalten haben und auch keine monatliche Rente. Hier haben wir in Deutschland auch eine moralische Verpflichtung. Ich sehe, dass Überlebende in Polen, aber nicht nur in Polen sondern auch in ganz Osteuropa, also hinter dem früheren Eisernen Vorhang, dass die systematisch benachteiligt werden gegenüber den Opfern in Westeuropa, die einfach Auszahlungen bekommen haben. Und ich glaube, hier muss man dagegen was tun.

- *Wenn Sie die Opfergruppen nennen, die keine Entschädigung bekommen haben, welche Opfergruppen sind das denn genau?*

SL: Na ja, das eine, das sind die Insassen von Lagern; die allermeisten von denen haben eine Zwangsarbeitsentschädigung bekommen, aber der Punkt ist, dass sie c keine Entschädigung dafür bekommen haben, dass sie in einem KZ inhaftiert waren. Aber man hat dafür in Westeuropa, in Deutschland, in den 50er und 60er Jahren bereits Geld gezahlt. Es gibt arme Leute in Deutschland, die Gesundheitsschäden in den KZ bekommen haben, die, sagen wir mal, nicht mehr laufen können; dann kriegen sie auch eine monatliche Rente für den Gesundheitsschaden. Ich sehe hier verschiedene Opfergruppen; das sind tatsächlich einerseits die Überlebenden von Lagern und gegebenenfalls deren Ehepartner,

wenn sie schon verstorben sind. Ich sehe z.B. heute auch die, die Opfer von Umsiedlungen der Deutschen geworden sind, also z.B. in der Gegend von Zamość oder in Westpreußen beispielsweise. Ich würde durchaus auch von Opfern etwa des Warschauer Aufstandes sprechen. Also hier müsste man sich überlegen; ich würde im Grunde sagen, das, was wir in Deutschland als Entschädigung gemacht haben, in den 80er Jahren, das wir eben Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs ausgeschlossen haben, da müsste man sagen, die können jetzt was bekommen. Am Ende werden wir tatsächlich eine Gleichberechtigung, also eine Gleichstellung der Opfer haben, wenn wir die gleichen Kriterien, die wir im Westen angewendet haben, endlich auch auf die ganzen Opfer im Osten anwenden.

- Herr Lehnstaedt, aber Sie haben selbst gesagt, dass es sehr schwierig ist, dies auszurechnen, wieviel soll das persönliche Leid kosten? Wieviel soll das kosten? Wie hoch ist es einzuschätzen? Und wie hoch ist es zu entschädigen?

SL: Das ist natürlich sehr problematisch. Sagen wir mal, ein Tag in dem KZ, wieviel soll er wert sein? Wir haben in den 50er Jahren in Deutschland, wo wir das festgelegt haben, beschlossen, jeder, der im KZ war, kriegt dafür 5 Mark pro Tag, dh. also 30 Tage im KZ, das wären dann 150 Mark im Monat. Das war damals natürlich deutlich mehr Geld als heute. Aber man müsste eigentlich da ein ähnliches Verhältnis schaffen; irgendwie schauen, dass man das mit der Inflation umrechnet oder anders umrechnet, z.B. an die gewachsene Wirtschaftsleistung in Deutschland. Dann kommt man vielleicht nicht auf die 5 Mark pro Tag, sondern - keine Ahnung - auf 15 Euro pro Tag. Das ist auch nicht viel Geld; aber es geht mir darum, dass wir eben eine Gleichbehandlung erreichen müssen. Es geht dann nicht darum, jetzt auf einmal den Opfern in Osteuropa viel mehr Geld zu geben als den Opfern in Westeuropa, sondern es geht darum, dass die Opfer in Osteuropa bisher gar nichts bekommen haben und die endlich genauso behandelt werden sollten, wie die in Westeuropa. Also diese ganze Wiedergutmachung, das, was wir im Westen gemacht haben, das müssen wir endlich auch im Osten anwenden.

- Wäre das auch etwa im Sinne der deutsch-polnischen Versöhnung? Und hätte dann die deutsche Gesellschaft mehr Verständnis dafür, wenn es um die individuelle Hilfe geht und nicht um die Reparationen, hohe Summen usw.?

SL: Die eine Frage ist - diese Summe. Aber ich glaube, dass dies, am Ende als Gesamtsumme - das werden schon mehrere Milliarden Euro sein. Das ist auch angemessen. Ich glaube auch nicht, dass wir in Deutschland damit ein Problem haben. Es kann niemand sagen: wir wollen das nicht zahlen. Denn was wäre das für eine Begründung, dass heute, im Jahre 2018, polnische Opfer schlechter sind als die aus dem Westen. Das Problem ist vor allem, dass die Deutschen von alleine nicht auf die Idee kommen, das zu zahlen. Und das Problem ist natürlich auch, dass aus Polen bisher keine polnische Regierung das gefordert hat, weder PiS jetzt, noch die vorherigen Regierungen. Hier müsste man etwas tun. Also ich meine nicht, dass es hier damit tatsächlich Probleme gibt; denn mit welcher Begründung kann Deutschland das verneinen? Hier gibt es ganz klar eine moralische Verpflichtung. Also ich glaube nicht, dass es auf Unverständnis trifft, sondern ich glaube, dass es auch etwas ist, was in Deutschland auf sehr viel Sympathie, oder vielleicht nicht Sympathie, sondern Verständnis treffen würde.

- Aber wie realistisch wäre tatsächlich die Entschädigung, weil Sie selbst sagen, dass die deutsche Regierung sich selbst nicht zu Wort meldet und die polnische [Regierung] das noch nicht offiziell fordert. Also wo fängt man dann an?

SL: Das ist natürlich eine schwierige Sache. Also, ich glaube, wie gesagt, wenn beide Regierungen das nicht wollen, dann wird nichts passieren. Da braucht man keine Illusionen haben. Es geht mir darum, dass die Zivilgesellschaft in Deutschland und in Polen hier entsprechend tätig würde, aber nicht in dem Sinne, dass die polnische Zivilgesellschaft Druck auf die deutsche Regierung macht, sondern die polnische Zivilgesellschaft Druck auf ihre Regierung macht, damit ihre Regierung dann entsprechend auch handeln kann. Es geht nicht darum, hier irgendwelche Ultimaten zu stellen, sondern es geht darum, sich darüber zu unterhalten. Und ich meine, es ist klar, das sollte man möglichst bald machen, weil logischerweise die Opfer alt sind.

- Die Regierungen, also Anfang des Jahres waren das die Außenminister, damals noch auf der deutschen Seite Herr Gabriel, sie haben das den Experten gelassen. Sie haben gesagt: Es wäre gut, wenn sich die Experten darüber unterhalten. Und Sie haben dann natürlich an dieser ersten Tagung in Warschau teilgenommen. War das ein guter Anfang dafür?

SL: Ja, ich glaube, das war ein sehr guter Anfang. Und ich meine auch nicht, dass es irgendwie Probleme gibt, wenn sich die deutschen und die polnischen Experten darüber unterhalten. Es gibt da mehr oder weniger Einigkeit. Das Problem ist natürlich anderer Art. Also, es war eine Tagung, die das Instytut Zachodni veranstaltet hat, und das war ja keine Tagung, wo irgendwie - im Auftrag der beiden Regierungen oder auch nur einer der Regierungen - ein Ergebnis festgehalten wird, das für die Regierung dann irgendwie relevant wäre. Also, was ich sagen will ist, das ist schon gut, wenn die Regierungen meinen: darüber wollen wir uns mit den Experten unterhalten; das können die Experten auch machen, aber sie brauchen natürlich einen offiziellen Auftrag. Also, ich beschäftige mich damit wissenschaftlich, ich habe dazu eine Meinung und gebe Ihnen gerne Auskunft, aber das ist für die deutsche Regierung und für die polnische Regierung ja völlig egal. Das ist was anderes, als wenn das eben eine offizielle Kommission macht, die im Auftrag der beiden Regierungen tagt. Das ist bestimmt eine gute Idee, aber noch mal: Wenn die Regierungen tätig werden und wollen eine Kommission, dann gestalten sie die Kommission.

- Herr Professor Lehnstaedt, ich habe noch die letzte Frage: Sie möchten auch, dass man etwas mehr für die Erinnerungskultur macht. Aktuell wird diskutiert, ob in Berlin ein Denkmal für die polnischen Opfer entstehen soll, oder nicht. Sie haben eine andere Idee. Können Sie mir das kurz erläutern?

SL: Mein Vorschlag, oder meine Idee ist es, ein deutsch-polnisches Museum zu bauen, und zwar ein Museum zu bauen, das tatsächlich ein Doppelmuseum wäre, das in Polen und in Deutschland entsteht. Also, das könnte man (sollte man) in Deutschland unbedingt in Berlin bauen; dann könnte man das Gegenstück in Warschau bauen, oder auch in Posen. Und es geht mir um ein Museum, ein Doppelmuseum, auch als Museum für die deutsch-polnischen Beziehungen gedacht, dh. wo die deutsch-polnische Geschichte der letzten tausend Jahre gezeigt wird, wo natürlich der Zweite Weltkrieg wichtig dargestellt wird, aber wo auch gezeigt wird, dass es die deutsch-polnischen



Beziehungen viel mehr sind als nur der Zweite Weltkrieg. Es gibt gute deutsch-polnische Beziehungen, es gibt schlechte deutsch-polnische Beziehungen, aber letztlich ist es ein gewachsenes, nachbarschaftliches Verhältnis.

Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt - Historiker, Professor für Holocaust-Studien am Touro College Berlin, Spezialist auch für Fragen der deutschen Besetzung in Polen.

Die im Text dargestellten Thesen drücken lediglich die Meinung des Autors aus.

*

Das Interview ist am 1. Dezember 2018 in der „Deutschen Welle“ veröffentlicht worden und ist unter der folgenden Adresse verfügbar: <https://p.dw.com/p/39Ejw> (Zugang: 04.01.2019).

Wir danken Herrn Lehnstaedt und der Redaktion der Deutschen Welle für die Zusage, den Text auf Polnisch und Deutsch zu veröffentlichen.